

**Staatskanzlei**

*Information*

*Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 70  
Telefax 032 627 22 75  
kanzlei@sk.so.ch  
www.so.ch*

## **Medienmitteilung**

### **Nein zum Finanzreferendum auf Bundesebene**

**Solothurn, 14. Mai 2007 - Der Regierungsrat spricht sich in seiner Vernehmlassungsantwort an die Staatspolitische Kommission des Nationalrates gegen die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene aus.**

Eine von der Schweizerischen Volkspartei eingereichte parlamentarische Initiative verlangt die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene. Bundesbeschlüsse über Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen, die neue einmalige oder neue wiederkehrende Ausgaben nach sich ziehen, sollten gemäss der Vorlage dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Der Regierungsrat hält in seiner Stellungnahme fest, dass er die Einführung eines bremsenden Instrumentes wie dem Finanzreferendum nicht für sinnvoll erachte. Es sei der Entwicklung des Landes abträglich, den Handlungsspielraum der Politik noch weiter einzuschränken und so notwendige Reformbemühungen zu unterbinden.

Weiter bemängelt er, dass sich sowohl die Staatspolitische Kommission als auch die Initianten in erster Linie von finanzpolitischen Überlegungen leiten lassen: Bei-

de erwarten vom Finanzreferendum eine präventive Wirkung auf die Ausgabendisziplin der Behörden. Für den Regierungsrat ist es problematisch, die Schaffung eines neuen Volksrechts mit politischen Kalkülen zu rechtfertigen; der grosse Stellenwert der direkten Demokratie in der Schweiz verlange stattdessen eine grundlegende und weitsichtige Begründung, die sich nicht an der Tagespolitik orientiere. Dieser Forderung kämen die Befürworter der Vorlage nicht nach.

**Weitere Auskünfte erteilt:**

Marius Féraud, Departementssekretariat Finanzdepartement, 032 627 60 64